

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33

# Beschlussbuch

## a. o. Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern 2007

### Anträge

1. Rechtsextremismus wirksam bekämpfen
2. Wirtschaftsdemokratie im Bremer Entwurf
3. Änderungsantrag zu 4.7.
4. Der Sozialstaatsbegriff im Bremer Entwurf
5. Stellungnahme zum Tornadoeinsatz
6. Für ein neues Gleichstellungskapitel im Grundsatzprogramm
7. Arbeiterpartei statt Arbeitskreispartei
8. Nachhaltige Energiepolitik für die Zukunft
9. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Rente mit 67!

1 Antragsteller: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

2 Adressaten: Bezirksparteitag SPD Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern

3

4 **1. Rechtsextremismus wirksam bekämpfen**

5

6 **Antrag wurde angenommen**

7

8 Jeder und jedem von uns fällt die zunehmende Aktivität Rechtsextremer auf. Ob  
9 Aufkleber, Flyer, Veranstaltungen, Aufmärsche, Infostände oder gewaltsame Übergriffe  
10 – der Zulauf zu rechtsextremen Organisationen und freien Kameradschaften nimmt  
11 ebenso zu, wie deren Aktionsradius. Mit den anstehenden Kommunalwahlen im  
12 Frühjahr und der Landtagswahl im Herbst 2008 werden die Rechten sicherlich  
13 versuchen, auch in Bayern noch mehr Präsenz zu zeigen. Um dagegen intervenieren  
14 zu können, bedarf es nicht nur kurzfristiger Strategien, sondern es müssen gezielt  
15 langfristige Strategien entwickelt und bestehende Projekte weiter gefördert und  
16 ausgebaut werden.

17

18 **A)Allgemeine Situation**

19

20 **Zunahme rechtsextremer Aktivitäten**

21

22 Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten ist 2006 von 15.361 im Jahr 2005 auf 17.597  
23 erneut in Deutschland angestiegen, darunter sind 1.047 Gewalttaten zu verzeichnen  
24 (2005: 958). (Quelle: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht  
25 2006. Vorabfassung. Berlin 2007, S. 24 und 27. im folgenden: BMI:  
26 Verfassungsschutzbericht). Dem bayerischen Verfassungsschutzbericht ist zu  
27 entnehmen, dass die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten (NICHT Straftaten  
28 insgesamt) von 77 im Jahr 2005 auf 47 im Jahr 2006 gesunken ist. Damit liegt Bayern  
29 bei der Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten mit 0,39 je 100.000 Einwohner im  
30 Vergleich zu den anderen Bundesländern auf dem vorletzten Platz. (Quelle:  
31 Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006.  
32 München 2007, S. 26 sowie BMI: Verfassungsschutzbericht, S. 30 und 32).

33

34 **Jede rechtsextremistische Gewalt- und Straftat ist aber eine Tat zu viel.** Deshalb ist  
35 es weiterhin das dringende Anliegen der Jusos Oberbayern, Rechtsextremismus in  
36 jeglicher Form zu bekämpfen und zu verhindern.

1 Rechtsextremisten stehen und handeln in einem fundamentalen Widerspruch zum im  
2 Grundgesetz verankerten universalen Gleichheitsprinzip für jedes Individuum (Artikel  
3 3). In der nationalistischen und rassistischen Weltanschauung von Rechtsextremisten  
4 entscheidet die Herkunft eines Menschen über seinen Wert (also seine Ethnie, seine  
5 nationale oder geographische Herkunft). Diese Klassifizierung und Bewertung von  
6 Menschen ist strikt abzulehnen.

7

8 Laut Verfassungsschutz stellt der Rechtsextremismus „... in Deutschland kein  
9 einheitliches Gefüge dar, sondern tritt mit unterschiedlichen Ausprägungen  
10 nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente und  
11 unterschiedlichen, sich daraus herleitenden Zielsetzungen auf. Das Weltbild  
12 gewaltbereiter Rechtsextremisten, dazu zählen auch rechtsextremistische Skinheads,  
13 ist diffus. Ihre Einstellungen werden von fremdenfeindlichen, oft rassistischen sowie  
14 gewaltbejahenden Ressentiments geprägt. Sie treten mit spontanen Gewalttaten und  
15 aggressiver, volksverhetzender Musik in Erscheinung. So wollen sie ihren Willen  
16 ausdrücken, Deutschland von allen vermeintlich Fremden zu „befreien.“ (BMI:  
17 Verfassungsschutzbericht 2006, S. 45f.)

18

19 Ende 2006 gab es in Deutschland immer noch 182 rechtsextremistische Organisationen  
20 – das sind eindeutig 182 zu viel. Etwa 38.600 Menschen sind dem gesamten  
21 rechtsextremen Spektrum zuzuordnen, davon gelten 10.400 als „subkulturell geprägt“  
22 und gewaltbereit (BMI: Verfassungsschutzbericht 2006, S. 50). Zu den  
23 rechtsextremistischen Organisationen zählen auch einige Parteien, wie NPD und DVU.  
24 Hier sind verstärkt auch Neonazis als Parteimitglieder aktiv.

25 NPD und DVU haben einen so genannten „Deutschlandpakt“ geschlossen, der unter  
26 anderem beinhaltet, dass die Parteien nicht mehr gegeneinander bei Wahlen antreten.  
27 Dies hat 2006 der NPD den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern  
28 ermöglicht, von den sechs NPD-Abgeordneten sind mindestens zwei dem  
29 neonazistischen Spektrum zuzuordnen.

30 Bei den Wahlen in Bremen 2007 ist „die Wut“ knapp an der 5%-Hürde in Bremerhaven  
31 gescheitert.

32

33 Besonders erschreckend ist, dass rechte Organisationen und Parteien nun das Feld der  
34 Globalisierung entdeckt haben und gezielt Menschen mit Globalisierungsängsten  
35 ansprechen. So waren NPDler und andere Rechtsextreme an den Protesten gegen den  
36 G8-Gipfel in Heiligendamm beteiligt und kritisieren die Globalisierung.

## 1 Kommunalwahl 2008

2

3 Gerade hinsichtlich der anstehenden Kommunalwahlen 2008 und der anschließenden  
4 Landtagswahl im Herbst in Bayern ist besondere Vorsicht gegenüber dem Auftreten  
5 und der Aktivität der rechten Vereinigungen getroffen. Rechtsextreme sind nicht mehr in  
6 ihrem Auftreten und Aussehen eindeutig identifizierbar. Früher noch die glatzköpfigen  
7 Springerstiefelträger sind jetzt nette Familienväter mit ihren Frauen, die sich als die  
8 netten MitbürgerInnen und geschätzten Nachbarn darstellen.

9 Was verfolgen sie mit dieser Strategie?

10 Sie wollen in der Gesellschaft geduldet werden! Sie wollen mit Freundschaftsdiensten  
11 und „neutralen“ Auftreten sich in der Mitte der Gesellschaft verankern und dennoch  
12 unterschwellig ihre politischen Ansätze verbreiten.

13

14 Gerade durch Aufgreifen von regionalen Themen und Teilnahme an strukturellen  
15 Defiziten und Verbesserungen (wie z. Bsp. Neubau von benötigter Infrastruktur)  
16 versuchen sie ihr Bild in der Gesellschaft zu verbessern und ihr politisches Profil  
17 aufzuwerten. Dennoch darf man sich von diesem vorgegaukelten Bild nicht irren lassen!  
18 Es ist auf keinen Fall ihre nette Art die sie anwenden, sondern eine eindeutige Strategie  
19 um mehr zu erreichen und den Prozentanteil bei Wahlen zu erhöhen und somit in die  
20 Parlamente einzuziehen und diese zu dominieren.

21

22 So gründeten sich bereits in größeren Städten Bürgerinitiativen (Bsp. Nürnberg: BI  
23 Ausländerstopp) oder Wählervereinigungen (Bsp. München: Pro München) und  
24 versuchen dadurch als Zusammenschluss mehrerer rechter Parteien mit neutralen  
25 Bündnisnamen in die kommunalen Gremien einzuziehen. Dies sind jedoch  
26 Vereinigungen aus den üblichen DVU und NPD-Reihen.

27

28 Die sog. Wortergreifungsstrategie der Rechten ist eine Methode, mit der sie versuchen,  
29 auf Veranstaltungen, von Organisationen (auch der SPD) das Wort zu ergreifen,  
30 provokant und frech auftreten und damit gezielt den Rahmen der Veranstaltung  
31 sprengen. In all diesen Fällen muss ganz klar vor Ort interveniert werden und ein  
32 Verankerung in gesellschaftlichen Strukturen verhindert werden, so wie die Möglichkeit  
33 zur öffentlichen Präsentation vermindert werden. Rassistische Äußerungen, rechte  
34 Parteien und deren Gedankengut sind menschenverachtend und diskriminierend. Sie  
35 wollen durch ihre Politik, andere Menschen, insbesondere MigrantInnen benachteiligen  
36 oder aus der Gesellschaft ausschließen.

1 Alle Aktivitäten der rechten Szene- egal in welcher Form müssen aus diesem Grund  
2 möglichst unterbunden werden und es muss öffentlich dargestellt werden, was rechte  
3 Bündnisse und Parteien vor Ort mit diesen Ansätzen bewirken wollen. Nur dies kann  
4 längerfristig verhindern, dass rechte Parteien die Möglichkeit erhalten in die  
5 kommunalen Gremien und darüber in höhere Parlamente einzuziehen.

6

## 7 **Anstieg rechter Straftaten**

8

9 Insbesondere für ihre fremdenfeindlichen und antisemitischen Haltungen wird die NPD  
10 allgemein kritisiert. So propagiert die Partei in ihrem Programm und auf ihrer  
11 Homepage unverblümt Hetze gegen AusländerInnen: „Das Problem der  
12 Massenarbeitslosigkeit ist von dem Problem der Masseneinwanderung nicht zu  
13 trennen. Durch den unkontrollierten Zustrom von Ausländern kommt es unmittelbar zu  
14 einem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, der zu Lasten der deutschen  
15 Arbeitnehmer geht. Dies ist eine der Hauptursachen für den Teufelskreis aus  
16 Arbeitslosigkeit und sozialer Verelendung in unserem Land.“ Ferner wird die  
17 „Ausgliederung der ausländischen Arbeitskräfte aus der deutschen Sozialversicherung  
18 und Abschiebung von Ausländern, die länger als drei Monate arbeitslos sind“, gefordert.  
19 Auch kommt es immer öfter zu Gewaltdelikten im Umfeld der NPD. Vor allem seit sie  
20 sich den so genannten „Freien Kameradschaften“ aus der Skinhead-Szene geöffnet  
21 hat, gibt es wieder vermehrt rassistische Übergriffe.

22

## 23 **B)Keine Kürzung der Bundesmittel für Programme und Bestandsgarantie für 24 laufende Projekte- jetzt und immer!**

25

26 Initiiert von der rot-grünen Bundesregierung wurde in den Jahren 2001 bis 2006 im  
27 Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtstextremismus,  
28 Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ demokratisches Verhalten, ziviles  
29 Engagement und Weltoffenheit, insbesondere, von Jugendlichen gefördert und  
30 unterstützt. Das Aktionsprogramm bestand aus drei Teilprogrammen

31 •„Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtstextremismus“

32 •„Civitas – initiativ gegen Rechtstextremismus in den neuen Bundesländern“

33 •„Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“

34 Von 2001 bis 2006 wurde mit Hilfe dieser Programme über 4.000 Projekte, Initiativen  
35 und Maßnahmen mit rund 192 Mio. € Fördergeldern durch den Bund finanziell  
36 unterstützt.

1 Begleitstudien haben gezeigt, dass die meisten Projekte, Initiativen und Maßnahmen  
2 die vorgegebenen Programmziele vor Ort umsetzen konnten – sie haben aber auch  
3 gezeigt, dass weiterhin ein dringender Handlungsbedarf besteht um Rechtstextremismus,  
4 Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wirksam zu verhindern.

5

6 Mit Auslaufen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen  
7 Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Jahre 2006 wurde vor  
8 allem durch Politikerinnen und Politiker der Union der Fortbestand eines solchen  
9 Aktionsprogramms gegen Rechts im bestehenden Umfang in Frage gestellt (die  
10 bisherige Summe sollte für Projekte gegen Extremismus allgemein – Rechts- und  
11 Linkstextremismus – genutzt werden). Die SPD-Fraktion in der Großen Koalition konnte  
12 schlussendlich die faktische Kürzung der Mittel für den Kampf gegen  
13 Rechtstextremismus verhindern. Durch das Bundesministerium für Familien, Senioren,  
14 Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurde ein neues Aktionsprogramm aufgelegt: „Jugend  
15 für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit  
16 und Antisemitismus“. Die Zielgruppe dieses Programms sind vor allem junge  
17 Menschen, rechtstextremistisch gefährdete Jugendliche, Migrantinnen und Migranten  
18 ebenso wie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer. Der Bund stellt  
19 im Rahmen des Aktionsprogramms 19 Mio. € pro Jahr zur Verfügung.

20 Schwerpunkte sind:

21

- 22 •die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels lokaler Aktionspläne in
- 23 kommunaler Verantwortung
- 24 •die Entwicklung und Umsetzung Themenbezogener modellhafter Maßnahmen
- 25 •die Programmsteuerung, Evaluation, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Einbindung
- 26 bundesweiter und lokaler Bündnisse. (Quelle: BMFSFJ)

27

28 Kritisch an diesem Aktionsprogramm ist allerdings die Art der Förderung „mittels lokaler  
29 Aktionspläne in kommunaler Verantwortung“ (s.o.) – dies bedeutet, dass die  
30 Kommunen Gelder abrufen können, um vor Ort eigene Programme gegen  
31 Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aufzulegen oder aber  
32 entsprechende Initiativen, Projekte etc. mit diesen Finanzmitteln zu unterstützen. Dies  
33 ist / war das Ende vieler – gerader überregionaler oder bundesweiter – Projekte, die  
34 unter Rot-Grün durch Bundesmittel gefördert wurden.

35 Jetzt müssen Kommunen zunächst Aktionspläne aufstellen, sofern sie den Bedarf für  
36 Aktionen gegen Rechtstextremismus überhaupt sehen. Eine Kommune muss sich also

1 erst einmal eingestehen, dass es vor Ort Probleme in Bezug auf Rechtstextremismus,  
2 Fremdenfeindlichkeit und / oder Antisemitismus gibt und dann entsprechend handeln.  
3 Dies kann einige Zeit in Anspruch nehmen.

4

5 Wir Jusos fordern deshalb eine Rückkehr zur Förderung von konkreten Projekten,  
6 Initiativen und Maßnahmen wie sie unter Rot-Grün bestanden hat. Hier war die  
7 Förderung nicht vom kommunalpolitischen Klein-klein abhängig, sondern auf  
8 Bundesebene wurde entschieden, ob die Projekte etc. förderungswürdig waren oder  
9 nicht.

10 Ebenso fordern wir Jusos eine langfristige finanzielle Planungssicherheit für  
11 Programme gegen Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dies  
12 beinhaltet auch eine regelmäßige Erhöhung der Fördermittel. Es ist den in diesem  
13 Bereich Engagierten nicht zuzumuten, ständig Angst um die Zukunft ihrer Arbeit zu  
14 haben. Erste Erfolge stellen sich nicht von jetzt auf eben ein, so dass ein  
15 Aktionsprogramm langfristig abgesichert sein muss und nicht von Legislaturperiode zu  
16 Legislaturperiode um das Überleben bangen darf. Außerdem dürfen nicht  
17 ausschließlich Modellprojekte mit einer fünfjährigen Laufzeit gefördert werden. Wir  
18 fordern mehr Fortbildungen für Polizisten zum Thema Rechtstextremismus um weiterem  
19 Wegsehen gegenüber Rechtsextremen und so genannten „verbalen Straftaten“, sowie  
20 körperlichen Straftaten oder dem der Einschüchterung dienenden Filmen und  
21 Fotografieren von Gegendemonstranten vorzubeugen und zu verhindern. Sinn und  
22 Ziel der Polizeiarbeit im Zusammenhang mit öffentlichen Auftritten Rechtsextremer ist  
23 es auch, Rechtsextreme bei Demonstrationen nicht nur zu schützen, sondern auch zu  
24 kontrollieren. Stärkung der Präventionsarbeit gegen Rechtstextremismus durch  
25 Jugendarbeit, die Zivilcourage, Bildung und ein freundschaftliches Miteinander durch  
26 Sport o. ä. Vermittelt. Ebenso fordern wir schulische (parteipolitisch unabhängige)  
27 Maßnahmen innerhalb der Lehrpläne zur politischen Aufklärung über Extremismus..  
28 Projekte gegen Rechtstextremismus brauchen ihre Zeit und müssen konstant vor Ort  
29 präsent und aktiv sein – da ist das ständige Bangen um Fördergeld sehr  
30 kontraproduktiv. Mittelfristig fordern wir Jusos deshalb die Einrichtung einer  
31 „Bundesstiftung für demokratische Kultur“, die eine Kontinuität an politischer und  
32 finanzieller Unterstützung bietet.

33

34

35

36

## 1 Die Jusos Oberbayern fordern:

- 2 •Stärkung von Jugendarbeit (Demokratieerziehung, aber auch Beschäftigung von  
3 Jugendlichen – sonst bieten die Rechten Jugendtreffs etc. an)
- 4 •die Einrichtung einer „Bundesstiftung für demokratische Kultur“
- 5 •ideelle und materielle Unterstützung von Bündnissen gegen Rechts und ggf.  
6 Initiierung von Bündnissen vor Ort durch die Jusos und SPD vor Ort
- 7 •Aufmerksamkeit für die Aktivität von Rechts vor Ort und in bestimmten  
8 Vorfeldorganisationen
- 9 •in der Öffentlichkeit Aufklärungsarbeit zu den tatsächlichen Absichten der Rechten  
10 leisten
- 11 •wo es geht bei Demonstrationen, Veranstaltungen und Infoständen den Rechten  
12 die rote Karte zeigen und friedlich zeigen, dass sie hier und nirgends erwünscht sind
- 13 •Laufende Analysen zu der rechten Szene vor Ort und Auswertungen von  
14 Gegenveranstaltungen zur Kommunikation an weitere Gegenveranstaltungen
- 15 •Austauschmöglichkeiten der Bündnisse gegen Rechts untereinander, zur  
16 verbesserten Koordination und Hilfestellung bei der Planung von Aktionen gegen  
17 Rechts
- 18 •Funktionäre und Kommunalpolitiker vor Ort müssen sich klar gegen Rechts  
19 bekennen und wenn Probleme vor Ort bekannt sind auf diese aufmerksam machen.  
20 Das Fischen am rechten Rand- wie es teilweise von Unionspolitikern betrieben wird,  
21 ist aus unserer Sicht in keiner Weise gerechtfertigt und zielführend! Es ist die  
22 Aufgabe eines jeden in der Kommunalpolitik Aktiven etwas gegen rechte Strukturen  
23 vor Ort zu tun und diese nicht zu dulden! Das Problem kann auch nicht einigen  
24 Wenigen überlassen werden- denn es geht uns alle an!
- 25 •Überzeugungsarbeit leisten! - gerade wo Jugendliche politisch frustriert und  
26 perspektivenlos sind, diese aufsuchen und das Gespräch suchen- damit sie nicht in  
27 die rechte und rassistische Szene abrutschen, sondern ihnen andere  
28 Lösungsstrategien aufzeigen.
- 29 •Insbesondere sehen wir Beratungsstellen, Infotelefone sowie Selbsthilfegruppen  
30 als einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen Rechts. Viele betroffene Personen  
31 brauchen Unterstützung, sowohl ratsuchende Eltern, als auch „Aussteiger“ aus der  
32 Szene, sowie Personen die sich aktiv gegen Rechts beteiligen wollen.
- 33 •Stärkung und Anerkennung der Projekte gegen Rechts in der Jugendarbeit und an  
34 Schulen

35



1 Antragsteller: Jusos München-Stadt

2 Adressaten: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag

3

#### 4 **2. Wirtschaftsdemokratie im „Bremer Entwurf“**

5

#### 6 **Antrag angenommen**

7

8 Die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit verlangen Demokratisierung  
9 der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie ist selbst ein Ziel, weil sie politische Demokratie  
10 sichert und vollendet. Sie ist zugleich Instrument,

11 •die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen und den  
12 gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen,

13 •dabei den Fortschritt von Wissenschaft und Technik sozialverträglich zu nutzen,

14 •Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen zu  
15 ermöglichen,

16 • die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

17

18 Wirtschaftsdemokratie erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet.  
19 Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

20

21 In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen  
22 privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder  
23 marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen  
24 vorgegeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse  
25 des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.

26

27 Wirtschaft ohne demokratische Kontrolle ist Diktatur. Eine Demokratie ohne  
28 Wirtschaftsdemokratie gibt es nicht. Die Demokratie auch in der Wirtschaft zu  
29 verwirklichen gehört daher zu den Kernforderungen des Demokratischen Sozialismus  
30 und zu denen der Sozialdemokratie.

31

32 Betriebliche Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung haben sich bewährt. Sie  
33 sind wichtige Pfeiler der wirtschaftlichen Demokratie in Deutschland. Beide wurden von  
34 der Arbeiterbewegung gegenüber Konservativen und Unternehmern erkämpft.

35

1 Die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Macht demokratische Kontrolle braucht, ist  
2 spätestens mit dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 in der gesellschaftlichen  
3 Mitte angekommen. Zu stark waren die Verwicklungen der Industrie in die  
4 Machenschaften der Nazis.

5

6 Manche Länderverfassungen mit sozialdemokratischer Handschrift nach 1945 sahen  
7 schon wirtschaftsdemokratische Elemente vor. Dennoch dauerte es bis zur  
8 Kanzlerschaft Willy Brandts, dass echte Schritte zur Demokratisierung der Wirtschaft  
9 gemacht wurden mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1972 und den Reformen zur  
10 Unternehmensmitbestimmung.

11

12 In der Gegenwart ist die Mitbestimmung immer wieder Zielscheibe von Anfeindungen  
13 rechter und neoliberaler Seite. Die ihr zugrunde liegende Ideologie, der Markt dürfe  
14 durch nichts „verfälscht“ werden ist nichts anderes als das „Herr im Haus“ – Dogma aus  
15 vordemokratischen Zeiten. Die Versuche, dies zur Alltagsreligion zu machen gilt es zu  
16 enttarnen und offensiv zurückzudrängen.

17 Die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen, der Wandel in der Arbeitswelt und die  
18 steigende Anzahl von Umgehungsversuchen machen es heutzutage unverzichtbar, die  
19 Instrumentarien der wirtschaftlichen Demokratie fortzuentwickeln, und zwar mit einer  
20 Zielrichtung: mehr Demokratie wagen.

21

22 Die stärker internationale Organisation der Wirtschaft macht es unverzichtbar, die  
23 Wirtschaftsdemokratie auf internationaler Ebene zu stärken. Die Konservativen und  
24 Liberalen wollen die Internationalisierung zum Abbau wirtschaftlicher Demokratie  
25 nutzen. Wir werden sie nutzen, um mehr Demokratie in der Wirtschaft zu schaffen. Mit  
26 Hilfe der Urtugenden der demokratischen ArbeiterInnenbewegung: Internationale  
27 Solidarität und Zusammenarbeit. Mit unseren Schwesterparteien und -organisationen  
28 auf der ganzen Welt.

29

30 Starke Gewerkschaften sind die Voraussetzung für die Verbesserung der Lebens- und  
31 Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir SozialdemokratInnen für  
32 sozialen Fortschritt und mehr Freiheit für die arbeitende Bevölkerung eintreten.

33

34 Wir haben eine gemeinsame Wurzel und gemeinsame Grundüberzeugungen. Und nur  
35 gemeinsam werden wir erfolgreich sein, diese Grundüberzeugungen zu verwirklichen.

36

1 Antragssteller: Jusos München-Stadt

2 Adressaten: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag

3

4 **3. Änderungsantrag zu 4.7 „Bildung in der lernenden Gesellschaft“, Bremer**

5 **Entwurf**

6

7 **Antrag angenommen**

8

9 *Hinweise zu Seitenzahlen, Spalten- und Absatznummern beziehen sich auf*

10 *die Druckversion des Bremer Entwurfs, die mit dem Vorwärts versendet wurde.*

11

12 19,3,4: Füge als Präambel ein: „Ziel von Bildung ist für uns nicht nur Qualifikation für  
13 Beruf und Fortkommen. Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.“

14

15 19,3,4: Streiche ersatzlos: „Sie ist... Wissensgesellschaft“

16

17 19,3,5: Ersetze „im Blick haben“ durch „gewährleisten“. Füge ein: „Insbesondere in  
18 mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern müssen Lehrende darauf achten,  
19 Jungen und Mädchen nicht geschlechtsspezifisch zu behandeln.“

20

21 20,1,2: Streiche „und die Wertevermittlung“, ersetze durch „und die Vermittlung der  
22 Werte in einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft“.

23

24 **Zu: Bildung für alle**

25 20,1,3: Streiche „ersten“; streiche „Eltern und Kindern“, ersetze durch „Kindern und  
26 Jugendlichen“

27

28 20,1,3: Füge ein „alle“ finanzielle Hürden beseitigen

29

30 20,1,5: Streiche „Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist,“ ersetze  
31 durch „Jeder“

32

33 20,2,2: Füge nach „stärken“ ein: Indem wir die Aus- und Weiterbildung verbessern und  
34 bessere Bezahlung, insbesondere für Erzieherinnen und Erzieher von Kindern im  
35 Vorschulalter, ermöglichen.

36

1 20,2,2: Streiche letzten Satz: „Die Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.“

2 20,2,3: Füge ein: „Als eine Möglichkeit der Früherkennung fordern wir regelmäßige,  
3 verpflichtende ärztliche Untersuchungen im Vorschulalter.“

#### 4 **Zu: Bildung von Anfang an**

5 20,2,4: Streiche ersatzlos: „Die Förderung beginnt ... darauf vorbereiten“

6

7 20,2,6: Ersetze „Rechtsanspruch auf Betreuung“ durch „Rechtsanspruch auf Bildung“

8

#### 9 **Zu: Gemeinsam Lernen**

10 20,3,1: Streiche „Wir wollen den Ausbau der Ganztagsschule.“ Füge ein: „Die  
11 ganztägige, integrierte Gesamtschule muss zur Regelschule werden.“

12

13 20,3,1: Ersetze „Ganztagsschule“ (2. Zeile) durch „integrierte Gesamtschule“

14

15 20,3,2: Ersetze „Ganztagsschule“ durch „ganztätige integrierte Gesamtschule“

16

17 20,3,2: Ersetze „Ganztagsschulen“ durch „integrierte Gesamtschulen“

18

19 20,3,3: Füge hinzu. „Eben dies kann, wie die Erfahrung der letzten Jahre und das  
20 Beispiel aus bildungspolitisch erfolgreicherer Ländern zeigt, nur in einem Schulsystem  
21 stattfinden, das Kinder und Jugendliche nicht selektiert, wie es das dreigliedrige in  
22 Deutschland tut, sondern integriert.“

23

24 20,3,4: Streiche: „und ihre Eltern“.

25

#### 26 **Zu: Die berufliche Ausbildung modernisieren**

27 20,3,5: Ersetze „Erstausbildung“ durch „Ausbildung“

28

29 20,3,5: Ersetze „alle Jugendlichen“ durch „alle Menschen“.

30

31 21,1,1: Streiche: „Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen.“

32 Füge ein: „Betriebe, die nicht oder nicht ausreichen ausbilden, müssen an den  
33 Ausbildungskosten über die Ausbildungsplatzumlage beteiligt werden.“

34

35 21,1,2: Streiche: „Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten.“

36

1 21,1,2: Streiche: „wenn sie sich schon in den Schulen realistisch auf den Beruf hin  
2 orientieren.“ Füge ein: „wenn in den Schulen unter anderem die Basis für eine  
3 berufliche Orientierung geschaffen wurde.“

4 21,1,2: Streiche: „Mädchen und Frauen sollen.“ Ersetze durch: „Alle Menschen sollen“  
5

#### 6 **Zu: Das Studium und die Forschung stärken**

7 21,1,3: Streiche: „Er hat die Aufgabe die Finanzierung der Hochschulen abzusichern.“  
8 Füge ein: „Ihm obliegt die Finanzierung der Hochschulen. Studiengebühren lehnen wir  
9 strikt ab.“

10

11 21,1,4: Füge hinzu: Wir wollen die verfasste Studierendenschaft in allen  
12 Bundesländern.

13

14 21,1,5: Streiche: „Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen  
15 arbeiten.“ Füge ein: „Natur-, Gesellschafts- und Geisteswissenschaften gehören  
16 untrennbar zusammen. Forschung findet in erster Linie an der Universität oder in  
17 staatlichen Forschungseinrichtungen statt. Diese Akteure arbeiten eng zusammen. Die  
18 staatliche Finanzierung von Forschungseinrichtungen, deren Forschung militärischen  
19 oder ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken unterworfen wird, lehnen wir ab.“

20

21 21,1,6: Füge ein nach „der soziale Hintergrund“: „Dies können wir nur dann erreichen,  
22 indem wir Hürden im Hochschulzugang abbauen. Instrumente hierzu sind die integrierte  
23 Gesamtschule, ein Ausbau des zweiten Bildungsweges, und die Vereinfachung des  
24 Hochschulzugangs aus beruflicher Qualifizierung heraus.“

25

26 21,1,7: Füge hinzu: „Das BAföG ist eine tragende und unersetzliche Säule der  
27 Studienfinanzierung und ein Mittel, um breiten Schichten den Zugang zur Hochschule  
28 zu ermöglichen. Es muss regelmäßig an die Kostensteigerung angepasst werden.“

29

#### 30 **Zu: Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft**

31 21,2,2: Streiche: „Aufstieg durch“

32 21,2,2: Streiche: „die Bereitschaft zum lebenslangen“, füge ein: „lebenslanges“

33

#### 34 **Begründung:**

35 Wir Jusos sind davon überzeugt, dass Bildung mehr ist, als Menschen die im  
36 Arbeitsprozess notwendigen Qualifikationen mitzugeben. Die Konzentration auf Bildung

1 als eine „wirtschaftliche Produktivkraft“ im Programmentwurf empfinden wir als  
2 einschränkend – denn Bildung ist ein Menschenrecht, kein Investitionsgut – und  
3 erschreckend.

4 Es ist eine traurige Tatsache, dass Mädchen und Frauen heute im mathematisch-  
5 naturwissenschaftlichen Ausbildungsbereich immer noch benachteiligt werden. Dies  
6 kann sich nur dann ändern, wenn Lehrende endlich damit aufhören, ihre Vorurteile über  
7 angeblich bestehende geschlechtsspezifische Begabungen in der Bildungssituation  
8 auszuleben. Das bedeutet konkret, dass Kindern nicht erzählt oder suggeriert wird, sie  
9 könnten bestimmte Qualifikationen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit sowieso  
10 nicht erwerben.

11

12 Kinder und Jugendliche müssen ihren Bildungsweg auch unabhängig von ihren Eltern,  
13 und unabhängig von eventuellen elterlichen Restriktionen gehen können.

14

15 Wir Jusos fordern Gebührenfreiheit von der Kinderkrippe bis zur Universität. Dies  
16 schließt eine klare Ablehnung von Einschränkungen in der Lehrmittelfreiheit (wie in  
17 Bayern das Büchergeld) und Studiengebühren ein.

18 Bildungsgebühren führen zur Benachteiligung sozial schwächerer. Wenn wir allen  
19 Menschen von Anfang an die Chance geben wollen, gleichberechtigt an Bildung  
20 teilzunehmen, dürfen wir nicht finanziell benachteiligte durch Gebühren ausschließen.

21 Nicht nur Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation keine Möglichkeit hatten, an  
22 Bildung zu partizipieren, haben das Recht, Schul- und berufliche Abschlüsse  
23 gebührenfrei zu erwerben. Auch Menschen, die aus irgendwelchen Gründen einfach so  
24 etwas dazu lernen wollen müssen die Möglichkeit dazu haben.

25

26 Wir glauben, dass Menschen, die Bildung ermöglichen, Erzieherinnen und Erzieher,  
27 Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, einen wertvollen  
28 Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten. Dies muss entsprechend honoriert  
29 und gefördert werden. Deswegen muss sowohl die Aus- und Weiterbildung für diese  
30 Berufsgruppen verbessert werden, als auch die Bezahlung für Erzieherinnen und  
31 Erzieher.

32

33 Immer noch werden Kinder und Jugendliche heute durch ihre familiären Umstände  
34 benachteiligt. Nicht nur bestimmt die soziale Herkunft in den meisten Fällen den  
35 Bildungsweg, viele Kinder können auch erst bei ihrer Einschulung erreicht werden. Bis  
36 zum 6. Lebensjahr können sich aber schon massive Benachteiligungen, die in der

1 Schule nicht mehr aufgefangen werden können, entwickelt haben. Entwicklungs-,  
2 Sprach- und soziale Störungen entstehen viel früher, und müssen viel früher – zum  
3 Beispiel durch frühkindliche Bildung – behandelt werden. Wenn Eltern nicht die  
4 Möglichkeiten haben, ihre Kinder adäquat zu unterstützen, muss die Gesellschaft  
5 eingreifen. Ein Instrument zur Erkennung frühkindlicher Störung auch bei Kindern aus  
6 benachteiligten Haushalten müssen daher verpflichtende medizinische Untersuchungen  
7 im Vorschulalter sein.

8

9 Wir Jusos glauben, dass Kinder einen Rechtsanspruch auf einen  
10 Kindertagesstättenplatz haben sollten. In Kitas muss aber mehr geboten werden als nur  
11 Betreuung. Kindertagesstätten sind Orte, in denen Kinder sich sozialisieren. Sie bilden  
12 unter anderem ihre motorischen und sozialen Fähigkeiten aus. Eine  
13 Bildungseinrichtung unterstützt sie hierbei, während eine Betreuungseinrichtung dies  
14 nicht unbedingt tut.

15

16 Wir halten an der Forderung nach der integrierten Gesamtschule als einzige  
17 Regelschule fest. Die integrierte Gesamtschule zeichnet sich sowohl durch eine externe  
18 Integration, die sich aus ihrer Rolle innerhalb des gesamten Bildungssystem ergibt, als  
19 auch durch eine interne Integration aus. Die integrierte Gesamtschule lässt den nach  
20 der Grundschule stattfindenden Selektionsschritt wegfallen und schafft dadurch eine  
21 grundsätzlich auf Chancengleichheit basierende Schulstruktur. Die integrierte  
22 Gesamtschule bietet Schülerinnen und Schülern aber auch verstärkt die Möglichkeit  
23 ihren individuellen Neigungen zu folgen und ihren Entwicklungsprozess zunehmend  
24 selbst zu gestalten. Die integrierte Gesamtschule schafft eine Synthese zwischen  
25 Individualität und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten auf der einen und  
26 gemeinschaftlichem Zusammenleben und sozialem Handeln auf der anderen Seite.  
27 Diese interne Integration umfasst alle schulischen Lern-, Lebens-, und  
28 Organisationsbereiche.

29

30 In der demokratischen Bildungseinrichtung sind alle Akteure dieser Einrichtungen in  
31 Entscheidungsprozesse eingebunden. Dies bedeutet für uns die Forderung nach  
32 funktionierenden Schüler- und Schülerinnenvertretungen ebenso wie die nach  
33 verfassten Studierendenschaften. Auch Eltern von Schülerinnen und Schülern haben  
34 das Recht, sich in Elternbeiräten zu organisieren. Sie haben aber, als „Nebendarsteller“  
35 auf der Bildungsbühne, kein Mitentscheidungsrecht in der Form, wie es den Akteuren  
36 der Bildung, nämlich Schülerinnen und Schülern, zusteht.

1 Alle Menschen haben das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung. Das Alter des sich  
2 bildenden Menschen ist vollkommen irrelevant. Wir wünschen uns ein Bildungswesen,  
3 in dem Alte und Junge gemeinsam lernen. Jeder Mensch sollte die Chance haben,  
4 auch einen zweiten oder gar dritten Beruf zu erlernen, insbesondere in einer Zeit, in der  
5 „Berufswissen“ schnell durch technische Entwicklung entwertet wird.

6 Betriebe sind in der Pflicht, auszubilden. Die Auszubildenden von heute sind die  
7 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen, die auch ausbildungsunwillige  
8 Arbeitgeber für ihr wirtschaftliches Überleben benötigen. Betriebe, die nicht  
9 ausreichend ausbilden, müssen sich in Form der Ausbildungsplatzumlage an den  
10 Kosten der Ausbildung beteiligen.

11

12 Wir glauben, dass Kinder und Jugendliche ausreichend Zeit haben sollten, sich selbst  
13 und ihre Fähigkeiten kennen zu lernen bevor sie sich auf einen Beruf orientieren. Die  
14 Schule ist nicht dazu da, der beruflichen Ausbildung vorzugreifen. Kinder und  
15 Jugendliche nehmen insbesondere dann viele Fähigkeiten mit aus der Schule in das  
16 Berufsleben, wenn ihr Schulalltag nicht ausschließlich darauf orientiert ist. Kreativität,  
17 soziales Handeln, eigenständiges Denken lassen sich nicht in  
18 „Berufsorientierungszentren“ erlernen.

19

20 Mädchen und Frauen müssen darin unterstützt werden, ihre naturwissenschaftlich-  
21 technischen Talente unabhängig von gesellschaftlichen Annahmen und Vorurteilen  
22 entfalten können. Es gibt geschlechtsspezifische Begabungen ebenso wenig wie es  
23 speziell weibliche oder männliche Studienfächer oder Berufe gibt. Diese Realität muss  
24 im Bildungswesen endlich ankommen. Mädchen wie Jungen, Frauen wie Männer,  
25 dürfen nicht aufgrund ihres Geschlechtes in Kategorien gesteckt werden. Die  
26 Berufswahl darf sich ausschließlich an den Wünschen und Begabungen der Wählenden  
27 orientieren.

28

29 Die Hochschulen sind für alle Menschen da, die lernen wollen. Sie müssen geöffnet  
30 werden, denn Hochschulbildung muss mehr Menschen offen stehen als bisher. Wir  
31 fordern mehr Möglichkeiten, aus der beruflichen Qualifizierung in die Hochschule  
32 einzusteigen. Wir fordern des Ausbau der Studienplätze, damit auch für jeden und jede,  
33 der an die Hochschule will, ein Platz vorhanden ist.

34

35 Wir fordern weiterhin wirksame Mitbestimmungsrechte für alle Gruppen an allen  
36 Hochschulen. Studierende sind keine Kunden, sondern Akteure innerhalb der



1 Universitäten.

2 Die Finanzierung der Hochschulen obliegt der Gesellschaft, nicht den Studierenden.  
3 Studiengebühren lehnen wir strikt ab, denn sie degradieren Bildung von einem  
4 Menschenrecht zu einer zu bezahlenden Dienstleistung. Sie verschärfen die soziale  
5 Selektion im Bildungssystem und schließen Menschen aus so genannten  
6 bildungsfernen Haushalten aus.

7

8 Das BAföG als unersetzliche Säule der Studienfinanzierung muss auf eine breitere  
9 Basis gestellt werden. Das heißt für uns vor allem eine Anpassung der Bedarfssätze an  
10 die Kostensteigerung der letzten Jahr und eine Erweiterung des Empfängerkreises.

11 Die Freiheit der Forschung muss eng verbunden bleiben mit der Veröffentlichung von  
12 Forschungsergebnissen. Daher betrachten wir mit Sorge Forschungseinrichtungen, die  
13 ausschließlich wirtschaftlichen oder militärischen Zwecken dienen, denn diese  
14 behindern den öffentlichen Erkenntnisprozess. Forschung muss daher in erster Linie an  
15 den Universitäten stattfinden.

16

17 Bildung ist mehr als ein wirtschaftliches Investitionsgut. Lebenslanges Lernen muss  
18 nicht automatisch verbunden sein mit beruflicher Fortbildung. Auch kulturelles Lernen in  
19 hohem Alter bleibt gesellschaftliches Desiderat. Auch Bildung, die nicht direkte  
20 Aufstiegsmöglichkeit bietet, ist förderungswürdig.

21

22 Wir glauben, dass die Menschen bereit sind, ein Leben lang zu lernen. Dass so wenige  
23 Menschen die vierte Säule des Bildungssystems für sich nutzen liegt nicht an  
24 mangelnder Bereitschaft, sondern an fehlenden Möglichkeiten. Finanzielle Hürden  
25 müssen hier abgebaut werden, ebenso wie gesellschaftliche. Wir fordern  
26 Freistellungsmöglichkeiten für Menschen, die für einen begrenzten Zeitraum aus dem  
27 Beruf aussteigen wollen, um sich weiterzubilden.

28 Da auch die Unternehmen von lebenslangem Lernen ihrer Angestellten profitieren,  
29 müssen sie sich selbstverständlich an den Kosten von Weiterbildung beteiligen.

30

31

32

33

34

35

36

17

1 Antragssteller: Jusos München-Stadt

2 Adressaten: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag

3

#### 4 **4. Der Sozialstaatsbegriff des „Bremer Entwurfs“**

5

#### 6 **Antrag angenommen**

7

8 Das im „Bremer Entwurf“ formulierte „Neue Leitbild“ des „Vorsorgenden Sozialstaats“ ist  
9 so neu eigentlich gar nicht, vergleicht man es mit Passagen des Berliner Programms.

10 Auch hier fand die Vorstellung einer früh ansetzenden, präventiven Sozialpolitik bereits  
11 Erwähnung.

12

13 Dennoch ist der Begriff des „Vorsorgenden Sozialstaats“, wie er im „Bremer Entwurf“  
14 durch dekliniert wird, durchaus kritisch zu bewerten. Was erstmal ganz gut klingt, dürfte  
15 bei genauerer Betrachtung durchaus problematisch sein. Es bleibt das unguete Gefühl  
16 zurück, dass hier verschiedene Dimensionen von Sozialstaatlichkeit und Sozialpolitik  
17 gegeneinander ausgespielt werden; „Vorsorgend“ gegen „Nachsorgend“, „Teilhabe-  
18 und Chancengerechtigkeit“ gegen „Verteilungsgerechtigkeit“. Für uns als Jusos  
19 erscheint ein derartig einseitiger Sozialstaatsbegriff fragwürdig. Aus unserer Sicht muss  
20 der Sozialstaat auch in Zukunft offensiv die Verteilungsfrage in einer Gesellschaft  
21 stellen. Angesichts existierender und immer größer werdender sozialer Ungleichheiten  
22 bleibt diese Funktion des Sozialstaats zentral.

23

24 Wie gesellschaftliche Teilhabe und Bildungschancen des/der Einzelnen mit den  
25 materiellen Verteilungsverhältnissen in einer Gesellschaft zusammenhängen, findet im  
26 „Bremer Entwurf“ unglücklicherweise kaum Erwähnung. Nur durch die Teilhabe am  
27 materiellen Reichtum kann gleichwohl aus unserer Sicht allgemeine gesellschaftliche  
28 Teilhabe des/der Einzelnen erwachsen. Allgemein entsteht beim „Bremer Entwurf“ der  
29 Eindruck, dass der Umverteilungscharakter des Sozialstaats zugunsten eines  
30 Sozialstaatsverständnisses in dem ausschließlich Bildungs- und  
31 Qualifizierungschancen im Vordergrund stehen, zurückgedrängt werden soll.  
32 „Vorsorgender Sozialstaat“ kann derart gelesen werden und als Rechtfertigung dafür  
33 dienen, dass die gewissermaßen „nachsorgenden“ monetären Transferleistungen  
34 zugunsten „präventiver“ Bildungsinvestitionen zurückgefahren werden sollen. Ein  
35 solches Verständnis von Sozialpolitik und Sozialstaat lehnen wir als Jusos ab und  
36 fordern deutliche Nachbesserungen und Klarstellungen zugunsten der Bedeutung von

1 Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung.

2

3 Ein glaubwürdiges sozialdemokratisches Sozialstaatsverständnis hingegen sollte  
4 unmissverständlich herausstellen, dass der Staat mittels Umverteilung erst die  
5 materielle Basis dafür schafft, dass jede/r Einzelne seine Potenziale und Fähigkeiten  
6 entfalten und entwickeln kann. In diesem Kontext freilich macht die Betonung von  
7 Bildung und Qualifizierung Sinn. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Sozialstaat  
8 nur noch als Wirtschafts- und Produktionsfaktor gesehen wird. Genau diesen Eindruck  
9 erweckt der „Bremer Entwurf“ leider teilweise.

10

11 Ein wirklich emanzipatorisches Verständnis von Sozialstaat und Sozialpolitik muss also  
12 umfassend sein und darf nicht einseitig bestimmte Aspekte betonen, so richtig und  
13 wichtig diese für sich genommen auch sein mögen. Der Sozialstaat ist und bleibt für  
14 uns SozialdemokratInnen die elementare Voraussetzung für eine funktionierende und  
15 lebendige Demokratie und die Emanzipation und gesellschaftliche Integration des/der  
16 Einzelnen. In diesem Zusammenhang wird das Ziel für einigermaßen egalitäre  
17 Verteilungsverhältnisse in der Gesellschaft zu kämpfen immer entscheidend sein und  
18 bleiben. Vor diesem Hintergrund weist die Definition des „Vorsorgenden Sozialstaats“  
19 erschreckende und nicht hinnehmbare blinde Flecken auf.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

19

1 Antragssteller: Jusos München-Stadt

2 Adressaten: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag

3

#### 4 **5. Stellungnahme zum Tornadoeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan**

5

#### 6 **Antrag angenommen**

7

8 Nach wie vor legt unsere Verfassung fest, dass ein Einsatz der Bundeswehr nur der  
9 Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland dienen darf. Keinesfalls ist damit  
10 gemeint, diese Streitmacht auch präventiv außerhalb unserer Landesgrenze einsetzen  
11 zu können.

12

13 Im Grundsatzprogramm der SPD steht, dass wir Gewalt oder Krieg als Mittel der Politik  
14 ablehnen. Durch die Ausweitung des Mandats in den Süden Afghanistan gerät  
15 Deutschlands mehr und mehr in die fatale Logik des so genannten „Krieg gegen den  
16 Terror“.

17

18 Die erheblichen, für den Tornado-Einsatz nötigen, finanziellen Mittel sollten in die Hilfe  
19 für die durch Kriegswirren seit Jahrzehnten gepeinigten Menschen, insbesondere die  
20 Frauen und Kinder Afghanistans, investiert werden.

21

22 Es wäre viel besser, als friedliche Nation wahrgenommen zu werden, die ihr hohes  
23 technisches Know-how und ihre wirtschaftliche Kraft nutzt, um allen Völkern der Welt  
24 tatkräftige Unterstützung zu einer besseren und gerechteren Gesellschaft zu leisten.  
25 Dagegen können wir und mit der Beteiligung an kriegerischen Handlungen in der Welt  
26 nur neue Feinde schaffen. Das internationale Gewaltmonopol muss bei den Vereinten  
27 Nationen liegen. Jegliche Militäreinsätze ohne UN-Mandat sind abzulehnen.

28

29 Deshalb lehnen wir den Tornadoeinsatz ab.

30

31

32

33

34

35

36

1 Antragsteller: Juso Bezirksvorstand Oberbayern

2 Adressaten: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Landesparteitag,

3 SPD-Bundesparteitag

4

## 5 **6. Für ein neues Gleichstellungskapitel im Grundsatzprogramm**

6

### 7 **Antrag angenommen**

8

9 Die Jusos Oberbayern unterstützen die Initiative für ein neues Gleichstellungskapitel im  
10 Grundsatzprogramm der SPD. Wir fordern die Streichung des Kapitels 4.4 im Bremer  
11 Entwurf und beantragen auf dem Bundesparteitag die Ersetzung im endgültigen  
12 Programm durch folgenden Text:

13

#### 14 **4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter**

15 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der  
16 Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Die SPD war und ist  
17 von den Vorstellungen und Überzeugungen der Frauenbewegung geprägt. Seit dem  
18 19. Jahrhundert wurden gleiche Rechte für Frauen und besonders von  
19 Sozialdemokratinnen erstritten. Erfolge der Bewegung sind das Frauenwahlrecht,  
20 gleiche Rechte in Ehe und Familie, gleicher Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine  
21 freiere Entscheidung über den Wunsch, Kinder zu gebären.

22 Vieles hat sich im letzten Jahrhundert verändert, vieles haben wir erreicht. Doch gleiche  
23 Rechte zu haben, bedeutet nicht, automatisch gleichgestellt zu sein. Die  
24 Lebenswirklichkeit sieht anders aus: Noch immer ist Frauen der Weg in führende  
25 Positionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre, Politik und Kirche nahezu verbaut.  
26 Frauen erhalten auf allen Ebenen weniger Lohn als gleichqualifizierte Männer. Die  
27 Verantwortung und Konsequenzen der Entscheidung für Familie und Kinder werden  
28 immer noch von Frauen getragen und ihnen durch die Gesellschaft als scheinbar  
29 naturgegeben zugeschrieben. Frauen werden in Beruf und Gesellschaft nur subtiler,  
30 nicht aber weniger diskriminiert.

31 Wer behauptet, die Gleichstellung sei am Ziel, leugnet die wahren Verhältnisse und  
32 unterstellt benachteiligten Frauen individuelles Versagen. Die zentralen Positionen von  
33 gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht werden ganz überwiegend von Männern  
34 besetzt. An die beruflichen Leistungen der Geschlechter werden unterschiedliche

21

21

1 Maßstäbe gelegt, um Erfolg zu messen. Und noch immer sind als männlich bewertete  
2 Strategien und Verhaltensweisen nötig, um in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, im  
3 freiwilligen Engagement in Funktionen zu gelangen, aus denen heraus Einflussnahme  
4 und Gestaltung möglich ist. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts leben wir noch in  
5 einer männlich strukturierten Gesellschaft.

6 Wir wollen eine Gesellschaft, ohne patriarchalische Strukturen. Wir wollen eine  
7 Gesellschaft, in der Frauen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch tatsächlich gleiche  
8 Chancen haben. Und wir wollen eine Gesellschaft, in der starre Rollenbilder ausgedient  
9 haben und jede und jeder seinen Lebensentwurf frei gestalten kann.

10 Auch im 21. Jahrhundert sind Frauen noch in großer Zahl wirtschaftlich abhängig von  
11 einem männlichen Familienernährer. Unser Verständnis von Freiheit widerspricht  
12 diesen Verhältnissen, denn selbstbestimmtes Leben braucht eine eigene Grundlage der  
13 menschenwürdigen Lebenssicherung. Deshalb muss gleiche und gleichwertige Arbeit  
14 von Frauen auch gleich bezahlt werden. Vor allem Frauen üben Beschäftigung in  
15 Teilzeit, ohne Sozialversicherungspflicht oder in befristeten Arbeitsverhältnissen aus,  
16 vielfach mit Löhnen, zu denen Existenzsicherung nicht möglich ist. Wir wollen einen  
17 gesetzlichen Mindestlohn, weil vor allem Frauen arm trotz Arbeit sind. Und wir wollen  
18 staatliche Maßnahmen, die eine angemessene Beteiligung von Frauen an  
19 Führungspositionen gewährleisten.

20 Wenn Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben, ist jede  
21 gewählte Form von Lebensgemeinschaft Ausdruck eines selbstbestimmten Lebens.  
22 Dazu gehört auch die freie Entscheidung, Kinder zu bekommen oder ohne Kinder zu  
23 leben. Kein Lebensentwurf darf deshalb einseitig bevorzugt werden. Wir wollen eine  
24 Gesellschaft, in der individuelle Lebensentwürfe gleich behandelt werden.  
25 Gemischtgeschlechtliche oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften, ein Leben als  
26 Single, in Ehe oder gemeinsam unverheiratet - diese Entscheidung ist individuell und  
27 privat. Der Staat darf in seinem Einflussbereich durch Steuer- und Sozialpolitik nur  
28 dann Unterschiede machen, wenn er dadurch Kinder fördert und nicht Lebensmodelle.  
29 Eine Privilegierung der Ehe durch das Recht lehnen wir ab. Auch sie ist Grund dafür,  
30 dass in Partnerschaften und Familien noch häufig Erwerbs- und Familienarbeit ungleich  
31 verteilt sind.

32 Frauen und Männer wollen heute Familie und Beruf nicht nur vereinbaren, sondern  
33 beides selbstverständlich leben. Gerade Frauen erleben jedoch wesentlich häufiger,  
34 dass die Entscheidung für Kinder mit Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt einher  
35 geht: Sie haben schlechtere Einstiegs- und Aufstiegschancen und werden nach einer

1 familienbedingten Pause bei Beförderungen und Gehaltssteigerungen weniger  
2 berücksichtigt. Eine gute, ganztägige Betreuung, Bildung und Erziehung für Kinder aller  
3 Altersstufen ist Grundvoraussetzung, damit Frauen und Männer sich frei für Beruf und  
4 Familie entscheiden können. Wir wollen, dass Mütter und Väter auch in den ersten  
5 Lebensmonaten eines Kindes gleichermaßen Verantwortung übernehmen.  
6 Verantwortung für Familie und gleiche Chancen im Beruf sind dann für alle möglich,  
7 wenn Arbeitszeiten gerechter verteilt und kürzer werden.

8 Die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit gleichen Chancen für  
9 Frauen und Männer erfasst alle Lebensbereiche von der Arbeitswelt zur Familie, von  
10 Bildung und Kultur bis zur demokratischen Teilhabe, von der Innenpolitik bis zur  
11 Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

12 Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

13

14 Begründung:

15 Die SPD war immer auch Partei der Frauenbewegung und hat auf dem Weg zu  
16 Gleichberechtigung und Gleichstellung viel erreicht. Das Kapitel zur Gleichstellung der  
17 Geschlechter im Bremer Entwurf bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was moderne  
18 Gleichstellungspolitik ausmacht: Hier werden die bessere Vereinbarkeit von Familie und  
19 Beruf und ein Leben in Partnerschaft als Ziele, das Instrument des Gender  
20 Mainstreaming als einziges Mittel beschworen. Damit sind die eigentlichen Fragen von  
21 Gleichstellung aber nicht erfasst. Der Bremer Entwurf scheut die Feststellung, dass  
22 formale Gleichberechtigung nicht Gleichstellung bedeutet, und dass auch im 21.  
23 Jahrhundert Frauen in Beruf und Gesellschaft faktisch benachteiligt sind, was  
24 Beteiligung an Macht und Einfluss angeht. Aktuelle Diskussionen um Kinderbetreuung  
25 und die als modern verkaufte Elterngeldregelung zeigen, dass im gesellschaftlichen  
26 Mainstream immer noch überkommene Rollenbilder vorherrschen. Für ein SPD-  
27 Programm muss klar sein: Das geht besser!

28 *Junge Sozialdemokratinnen und Jungsozialistinnen* haben deshalb die Initiative "Für  
29 ein neues Gleichstellungskapitel" gestartet. Ein neues Gleichstellungskapitel muss  
30 sagen, dass und inwiefern die Frauenbewegung noch lange nicht am Ziel ist. Und es  
31 muss Mittel und Wege zu echter Gleichstellung aufzeigen, die über den zahnlosen  
32 Tiger des Gender Mainstreamings als Instrument hinausgehen. "Wer die menschliche  
33 Gesellschaft will, muss die männliche überwinden" - so lange echte Gleichstellung nicht  
34 erreicht ist, gehört auch dieser Satz in ein SPD-Programm.

1 Antragssteller/Innen: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

2 Adressat/Innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

3

4 **7. Arbeiterpartei statt Arbeitskreispartei**

5

6 **Antrag angenommen**

7

8 *Der Antrag diskutiert für zwei mögliche neue Definitionen von „Arbeiter“, ob und wieweit*  
9 *von einer Benachteiligung im Juso-Verband gesprochen werden kann. Dies geschieht*  
10 *auch anhand einer Umfrage unter den Juso-Landesvorständen, die als Statistik dem*  
11 *Antrag beigefügt ist. Es wird niemanden überraschen, dass dabei ein erhebliches*  
12 *Ungleichgewicht zutage tritt. Deshalb fordern wir einige konkrete Maßnahmen sowie*  
13 *weitere Diskussionen, wie dieses Problem zu lösen ist und was die Chancen für*  
14 *unseren Verband im Falle einer stärkeren Beteiligung wären. Um die Erfolge oder*  
15 *Misserfolge beurteilen zu können, werden u.a. freiwillige Ziele gesetzt, was die stärkere*  
16 *Beteiligung der Arbeiter (im Sinne unserer neu gefundenen Diskussion) in den*  
17 *Vorständen und Delegationen im Juso-Verband in den nächsten Jahren angeht. Erst*  
18 *wenn das Problem auf diese Weise mittelfristig nicht in den Griff zu bekommen ist,*  
19 *halten wir die Einführung z.B. einer verbindlichen Quote für notwendig.*

20

21 1.) Problemstellung

22

23 Die Jusos haben sich immer in einer besondere Verantwortung für Benachteiligte  
24 und/oder Diskriminierte gesehen. Deshalb sind Gleichberechtigung, Antirassismus und  
25 eine betont sozial ausgerichtete Politik wichtige Brennpunkte unseres politischen  
26 Denkens und Handelns.

27

28 Am Beispiel der Gleichberechtigung der Geschlechter konnten und können wir  
29 feststellen,

30 dass eine rechtliche Gleichstellung noch lange nicht ausreicht, um faktische  
31 Ungleichheiten und Nachteile zu beseitigen. Vielmehr muss ein Umdenken stattfinden,  
32 also das Problem als solches erkannt und untersucht werden (vgl.  
33 „Gleichstellungsbericht“ und „-beauftragte(r)“), aber auch durch deutliche,  
34 selbstauferlegte Maßnahmen und Regeln aktiv an der Beseitigung der Benachteiligung  
35 gearbeitet werden (vgl. „Quote“ und geschlechterspezifische Angebote). Nur so kann,  
36 etwa im Juso-Verband, auf Dauer erreicht werden, dass alle Bevölkerungsgruppen



1 ausreichen vertreten sind und Alle eine Chance auf Partizipation nach ihrem  
2 „Geschmack“ erhalten (etwa bzgl. Redeverhalten).

3

4 Gerade in Bezug auf die „Arbeiterklasse“ werden derartige Überlegungen und  
5 Maßnahmen nach unserem Verständnis viel zu selten angestellt und ergriffen, obwohl  
6 das Problem durchaus „gefühl“ wird. Erlebnisse während der Erstellung dieses Antrags  
7 unterstreichen dies:

8 Diejenigen Juso-Landesvorstände, die keine Informationen über den Berufstand ihrer  
9 Mitglieder auf der Homepage bereithalten, sind tendenziell auch diejenigen, denen  
10 prozentual die meisten StudentInnen angehören. Auf telefonische Nachfrage wurde uns  
11 teilweise mit Verweis auf einen laufenden Wahlkampf die Auskunft verweigert.

12

13 Zu den Gründe zählen (neben möglichem „akademischen Dünkel“ und der generellen  
14 „Trägheit“ eines jeden großen Verbandes) wohl vor allem, dass eine Zuordnung von  
15 Personen zu Bevölkerungsgruppen in diesem Fall viel schwieriger ist, als die  
16 Zuordnung zum jeweiligen Geschlecht, wenn nicht gar unmöglich. Das  
17 „Industrieproletariat“ oder die „Unfreien“ in der Antike (zu denen im weiteren Sinne auch  
18 selbstständige Handwerker gehörten) hat sich längst aufgefächert in verschiedene, teils  
19 höchst unterschiedliche Formen von Erwerbstätigkeit - von klassischen Arbeitern über  
20 Angestellte bis hin zu freien Mitarbeitern, Ich-AG's und Praktikanten-Jobs.

21

22 Das Erkennen und Beseitigen einer Ungleichberechtigung oder Benachteiligung setzt  
23 jedoch genau eine solche, möglichst vernünftige und zielführende, Einteilung voraus  
24 (anders als bei der Gleichstellung der Geschlechter muss die „unabhängige“ Variable  
25 also erst gefunden werden, um auf diffuse Merkmalsbündel und nicht-repräsentative  
26 Listen, Vorstände, etc. schließen zu können).

27

28 Zuerst sollte definiert werden, was wir uns unter solch einer „sinnvollen“ Einteilung im  
29 Einzelnen vorstellen, um dann die vorerst „beste“ wählen zu können:

30

31 Sie sollte möglichst gut mit bestimmten Unterschieden korrelieren (also das „Maximum  
32 Likelihood“-Prinzip im weiteren Sinne der statistischen Cluster-Analyse), die in der  
33 Juso-Verbandsarbeit relevant sind, etwa Redeverhalten, Sprache, Bildungsbiographie,  
34 soziales Umfeld und soziale Herkunft.

35 Weiter muss sich die daraus resultierende, vermutete Ungleichheit, etwa in Bezug auf  
36 Ämterverteilung im Verband, nicht nur empirisch nachweisen lassen; sie muss sich

1 auch von anderen möglichen Einteilungen gerade dadurch abgrenzen, dass sie das  
2 größte (genauer signifikanteste) Ungleichgewicht zu Tage treten lässt.

3 Außerdem sollte die neu gebildete hypothetische Gruppe möglichst breit gewählt sein,  
4 um die vielen möglichen einzelnen, aber zusammenhängenden Einteilungen zu  
5 umfassen. (unter diesem Gesichtspunkt ist z.B. eine spezielle „Quote“ für Mütter  
6 entbehrlich, wenn die allgemeinere Einteilung nach Geschlechtern genügend  
7 repräsentativ die speziellen Nachteile widerspiegelt, denen eine Frau speziell dadurch  
8 ausgesetzt ist, dass sie im Mittel immer noch einen Großteil der Erziehung übernimmt.)  
9 Zu guter Letzt sollte die postulierte Einteilung natürlich „für den täglichen Gebrauch“  
10 praktikabel genug sein. Ein ständiges Nachprüfen etwa von Einkommensgrenzen,  
11 Wortschatzumfang oder dergleichen dürfte sich wohl kaum für die Verbandsarbeit  
12 eignen.

13

14 An diesem Punkt besteht also ein großer inhaltlicher Nachholbedarf. Die „richtige“  
15 Einteilung wird sich wohl erst im Laufe der Zeit finden, sie „wächst“ erst gemeinsam mit  
16 den einzuleitenden Maßnahmen für diese Form der Gleichstellung. Auch müssen im  
17 Verlauf des Prozesses Daten erhoben werden, die wiederum die nächsten Kriterien und  
18 Maßnahmen konstruktiv beeinflussen sollten. Das letzte Wort in dieser Sache wird also  
19 wohl nie gänzlich gesprochen sein.

20

21 Um der Thematik jedoch einen ersten Anstoß zu geben und den entsprechenden  
22 Handlungsbedarf aufzuzeigen, erlauben wir uns hier zwei mögliche Einteilungen als  
23 Arbeitsgrundlage zu verwenden (die beide in Diskussionen aufgetreten sind und über  
24 die wir dann auch Daten erhoben haben), nämlich das Merkmal „Berufstätig(r)“ sowie  
25 (nicht-)„AkademikerIn“. Dies heißt präziser:

26

27 Unter „Berufstätige(r)“ verstehen wir, dass die entsprechende Person einen Großteil  
28 ihrer Zeit zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts aufwendet oder bereits über einen  
29 längeren Zeitraum aufgewendet hat, was sie z.B. von SchülerInnen und StudentInnen  
30 abgrenzt. Bei niedrigeren Einkünften bietet sich die Sozialversicherungspflicht über  
31 einen längeren Zeitraum als Grenze nach unten an. Ein Azubi etwa würde hiernach  
32 also bereits als berufstätig gelten, obwohl es sich noch um eine Ausbildung handelt,  
33 wohingegen etwa eine Viertel-Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter/in im Rahmen  
34 einer Promotion, ein Stipendium, ein Praktikum oder ein Ferienjob noch eher als Teil  
35 der Lebensphase gesehen würde, deren Schwerpunkt auf Bildung und nicht auf Erwerb  
36 liegt.

1 Auf Abgrenzung zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten wurde bewusst  
2 verzichtet, einmal weil der/die heute Selbständige nicht mehr zwingend bessergestellt  
3 sein muss (siehe Ich-AG's, Scheinselbständigkeit, oder einzelne zu selbständigen  
4 GmbH's ausgelagerte Abteilungen), vor allem aber, weil Überrepräsentiertheit von  
5 Selbständigen wahrlich kein aktuelles Problem unseres Verbandes ist und sich das  
6 Problem damit (zumindest momentan) erübrigt. Aus demselben Grund können wir auch  
7 problemlos den davon nicht erfassten Spezialfall der durchgängigen Arbeitslosigkeit  
8 seit der Jugend hinzunehmen, was unstrittig im Sinne unseres Verbandes sein dürfte.

9

10 Mit „AkademikerIn“ soll dagegen die Bildungsbiographie die primäre Rolle spielen. Wir  
11 verstehen darunter Personen, die sich entweder noch in der Hochschulausbildung  
12 befinden oder diese bereits erfolgreich vollendet haben. Bei SchülerInnen ist die  
13 Bildungsbiographie unsere Ansicht noch nicht genügend (vor-)determiniert, um sie in  
14 die Betrachtungen einzuschließen – die einfachste Möglichkeit ist hier also, sie  
15 überhaupt nicht mitzurechnen oder (äquivalent dazu) als 50%-50%.

16

17 Außerdem sollte der Zweifelsfall (die Definitionen ist ja zwangsläufig nicht exakt) stets  
18 zugunsten der betroffenen Person gehandhabt werden, da dies besser zu vertreten ist  
19 wie das Gegenteil.

20

21 2.) Analyse

22

23 Bei allen Verbesserungsmöglichkeiten, die diese Festlegungen sicher noch bergen,  
24 treffen sie doch in erstaunlich vielen Punkten den Kern dessen, was man intuitiv als  
25 Nachteile der „Arbeiter“ ansehen würde. Im Einzelnen findet man:

26

27 Gerade im frühen Juso-Alter korreliert unser Merkmal „berufstätig“ zwangsläufig mit der  
28 Bildungsbiographie. Diese wiederum hängt gerade in Bayern sehr stark mit sozialem  
29 Hintergrund zusammen. Beide Einteilungen liegen also diesbezüglich eng beieinander  
30 und stellen damit einen deutlichen Bezug zum Juso-Kernthema „Soziale Gerechtigkeit“  
31 her.

32 Weiter haben diese beiden Merkmale nach wie vor einen starken Zusammenhang mit  
33 Redeverhalten, Sprache und Argumentationsweise. Die Art beispielsweise einer  
34 Gruppe von Studenten, an eine Fragestellung sehr theoretisch heranzugehen, kann  
35 hier bei einem ausgeprägten Ungleichgewicht eine Barriere für die Zusammenarbeit  
36 bilden.

27

27

1 Auch die Themenauswahl (z.B. Hochschulpolitik vs. Berufliche Weiterbildung) mag hier  
2 eine Rolle spielen, ebenso mögliche unterschiedliche Herangehensweisen an die  
3 politische Arbeit vor Ort (z.B. Konzert vs. Diskussionsabend).

4 Nicht zu vernachlässigen sind auch sehr praktische Aspekte der täglichen  
5 Verbandsarbeit:

6 Mangelnde freie Zeit (Urlaub, tägliche Arbeitszeit, etc. ) kann etwa mit typischen  
7 „Mittwoch-13-Uhr-Terminen“ kollidieren, kann aber auch die insgesamt in den Verband  
8 eingebrachte Zeit viel stärker limitieren, als dies beispielsweise für StudentInnen der  
9 Fall ist.

10 Daraus können sich schnell sehr reale Nachteile für die Betroffenen in der  
11 Verbandsarbeit ergeben. Das mehrfach gehörte Argument, „das sei halt so“ oder gar  
12 „es ist erwünscht, dass sich vor allem Menschen mit viel Freizeit engagieren“  
13 unterstreicht nur die Notwendigkeit dieses Antrags (siehe auch „3. Maßnahmen“)

14

15 Den zu Beginn aufgestellten Kriterien folgend verschaffen wir uns nun einen ersten  
16 Überblick über die Situation im Verband in Hinblick auf beide Merkmale. Klar ist, dass  
17 im Juso-Alter (ca. 16 bis 35) die „Berufstätigen“ und „nicht-Akademiker“ in der  
18 Bevölkerung überwiegen. Betrachtete man verschiedene Gliederungsebenen des Juso-  
19 Verbandes, so stellt man an ersten Beispielen schnell fest, dass überraschenderweise  
20 in den höheren Gliederungsebenen tendenziell weniger „Berufstätige“ zu finden sind.  
21 Zu erwarten wäre aber eher eine Zunahme, verbunden mit dem steigenden Alter der  
22 Funktionäre. Die Ergebnisse lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen:

23

24 Die Ebene der Unterbezirke ist diesbezüglich in Bayern zu heterogen aufgebaut, um  
25 eine signifikante Aussage zu machen. Generell finden sich sowohl reine SchülerInnen-  
26 und-StudentInnen-Unterbezirke, wie auch Unterbezirke mit einer starken „berufstätigen“  
27 Basis.

28 Auf Bezirksebene in Bayern finden sich in den Vorständen etwa eine 1:1-Mischung mit  
29 leichtem Übergewicht der StudentInnen, wobei die Werte von Bezirk zu Bezirk natürlich  
30 schwanken. Spitzenreiter dürfte hier die Oberpfalz mit nur einem Studenten im  
31 Vorstand sein; Oberbayern liegt ziemlich nahe am Durchschnitt.

32 Auf Landesebene dominieren nach beiden Definitionen endgültig die „nicht  
33 ArbeiterInnen“, was sich besonders deutlich für Berufstätige ohne Hochschulabschluss  
34 zeigt: 11 von insgesamt 114 Vorstandsmitgliedern bei gleichzeitig 89%  
35 Bevölkerungsanteil (ohne Schüler) in der relevanten Altersgruppe 15-35. Eine genaue  
36 Statistik ist dem Antrag beigelegt.

1 Man findet also zweifelsfrei ein deutliches, in höheren Gliederungsebenen verstärkt  
2 auftretendes Übergewicht der „nicht Berufstätigen“ und viel gravierender „Nicht-  
3 Akademiker“, die wir folglich ab hier als „ArbeiterInnen“ bezeichnen; von repräsentative  
4 Zusammensetzung ganz zu schweigen.

### 5 3.) Maßnahmen und Chancen

6

7 Vor diesem Hintergrund erachten wir es als dringend notwendig, Maßnahmen im Sinne  
8 einer freiwilligen Selbstverpflichtung vorzunehmen, um unseren Verband als Plattform  
9 für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten bzw. wieder zu etablieren und Allen eine faire  
10 Chance zu geben. Gerade für die Jusos sollte dies eigentlich Teil ihres  
11 Selbstverständnisses sein. Der Weg führt über die Umsetzung der Zielsetzungen für  
12 unsere eigene Gliederungsebene, verbunden mit entsprechenden Diskussionen und  
13 Anträgen auf höheren Ebenen.

14

15 Wir fordern daher den Landesvorstand und alle Bezirksvorstände auf, sich mit der  
16 Problematik auseinanderzusetzen, die Situation weitergehend zu analysieren und  
17 Maßnahmen zu beschließen, um die Jusos wieder attraktiver für ArbeiterInnen zu  
18 machen, vor allem aber ihre Teilnahme gerade in den höheren Juso-Ebenen zu  
19 erleichtern.

20 Als konkrete Maßnahmen fordern wir schon jetzt:

21

22 Jeder dieser Gremien ernennt eine(n) Beauftragte(n), der die Maßnahmen des  
23 Vorstandes mitverfolgt, Probleme benennt und selbst aktiv Vorschläge einbringt.  
24 Außerdem soll er jährlich eine Übersicht darüber sowie eine Evaluation der Fortschritte  
25 erstellen, dh. unter anderem, welcher Prozentsatz an Vorstand und Delegationen  
26 ArbeiterInnen im Sinne der obiger Definition sind. Diese Übersicht wird auf der  
27 jährlichen Hauptversammlung des Gremiums vorgestellt.

28

29 Anträge sollen, wo nötig, zu Beginn eine Zusammenfassung enthalten, die sich gerade  
30 nicht wie oft durch eine besondere Dichte an fachspezifischen Fremdwörtern, sondern  
31 durch Allgemeinverständlichkeit auszeichnet. Davon profitieren sicher längst nicht nur  
32 die ArbeiterInnen im Verband und es kann das „Akademiker-typische“ Problem  
33 überwunden werden, dass „profane“ Formulierungen den Wert eines Antrags mindern.  
34 Gleichzeitig bleibt aber anschließend genügend Platz für fachliche Exaktheit und Tiefe,  
35 die ja keinesfalls schlecht geredet werden soll.

36

1 Die vorläufig freiwillige (also unverbindliche) Zielsetzung jedes der entsprechenden  
2 Gremien soll neben entsprechenden Maßnahmen vor allem ein Mindestmaß an  
3 Partizipation der „ArbeiterInnen“ in den Vorständen und Delegationen der Jusos Bayern  
4 und der Bezirke sein. Konkret legen wir als Ziel fest, die faktische Quote der  
5 ArbeiterInnen in den o.g. Gremien in den nächsten zwei Jahren für die LAKO 2008  
6 zunächst auf 30% und ab der LAKO 2009 auf 50% (jeweils abgerundet) anzuheben.  
7 Auf diese Art soll ein weicher Übergang geschaffen werden: Im ersten Jahr „genügt“ in  
8 einem 5-köpfigen Vorstand ein(e) „ArbeiterIn“ und einige Bezirke, die jetzt schon recht  
9 ausgewogen zusammengesetzt sind, erfüllen die Vorgabe ohnehin.. Nach Ablauf der  
10 drei Jahre (also zur LAKO 2010) sollen die Erfolge weitergehend evaluiert werden dann  
11 ein dauerhafteres Modell nachfolgen. Nur wenn zum Stichtag LAKO 2010 ein Gremium  
12 die Zielsetzung weiter nicht erfüllt, wird diese für das entsprechende Gremium  
13 verbindlich (diese Konferenz bereits eingeschlossen). Damit fällt der nicht immer  
14 konstruktive „Quotierungsstress“ auch wirklich nur da an, wo er nötig ist. Aus diesem  
15 Grund wird auch bewusst vorläufig Abstand davon genommen, eine repräsentative  
16 Zusammensetzung zu fordern

17

18 Die Chancen, die sich für die Jusos daraus ergeben, sind enorm:

19 Die Beseitigung von Nachteilen für „Berufstätige“ gerade in unserem Verband sollte  
20 eigentlich schon aus sich heraus als Erfolg angesehen werden

21 Das vielfach auftretende Problem der „Abwanderung“ von Studenten aus ihren urspr.  
22 Unterbezirken lässt sich so entschärfen. Die Kontinuität der Arbeit vor Ort würde rapide  
23 zunehmen, wie man heute schon bei überwiegend „berufstätigen“ UB's feststellen  
24 kann.

25 Durch das Entwickeln einer politischen Kultur (bzgl. Diskussion, Themen, Aktionen,  
26 etc.), die Platz für die ganze Bevölkerung läßt, können nicht nur neue Mitglieder und  
27 Wähler erreicht werden, sie bereichert gerade durch ihre Vielfältigkeit die Arbeit im  
28 Verband enorm.

29

30

31

32

33

34

35

36

1 Antragssteller: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

2 Adressaten: Juso-Landeskonferenz

3

#### 4 **8. Nachhaltige Energiepolitik für die Zukunft**

5

#### 6 **Antrag angenommen**

7

8 Die Jusos Oberbayern erachten die Nachhaltigkeit, Dezentralisierung und Autonomie  
9 der Energieversorgung als die Grundlage einer vernünftigen, langfristig ausgelegte  
10 Energiepolitik. Solch eine Politik sollte sich an folgenden Kriterien orientieren:

11

12 Ökonomische Nachhaltigkeit, d.h. entweder direkt unbegrenzte Nutzbarkeit oder  
13 Erneuerbarkeit im Sinne ausgewogener, geschlossener Kreisläufe.

14 Ökologische Nachhaltigkeit, d.h. Schutz der Umwelt und damit auch der Menschen,  
15 z.B. Klimaschutz und Schutz vor Giften und Radioaktivität in Luft, Wasser und Böden.

16 Dezentralisierung und Autonomie der Energiegewinnung

17 Aus diesen Punkten resultierend Versorgungssicherheit und Stabilität von Energie- und  
18 damit Strompreis.

19

20 Ausgewogene, geschlossene Kreisläufe bedeuten, dass das Gleichgewicht der  
21 verschiedenen Stoffe in der Umwelt gewahrt bleibt. Problematisch ist dies z.B. bei der  
22 stark im Kommen begriffenen Biomasse. Gegen das Verbrennen, Vergären oder  
23 Vergasen von Holzabfällen ist ersteinmal nicht einzuwenden, sofern bei die  
24 letztendliche Verbrennung nur geringe Schadstoffe freigesetzt werden. Wenn allerdings  
25 die Holzabfälle wegen der hohen Strompreise anderen Industriezweigen (etwa wie  
26 momentan schon der Papierwirtschaft) „weggekauft“ werden und daher letztendlich  
27 mehr Wälder abgeholzt werden müssen, so ist diese Form der Energieversorgung  
28 durch fossilen Brennstoffen in keinster Weise überlegen.

29

30 Eine Analyse verschiedener Formen der Energieerzeugung zeichnet unter diesen  
31 Gesichtspunkten ein relativ klares Bild:

32

33 1.) Die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas sind endlich und klimaschädigend,  
34 weil ihr Verbrauch massiv über ihrer langsamen Neu-Bildung liegt. Dadurch ist der  
35 Kreislauf aus Verbrennung, Reassimilation des CO<sub>2</sub> durch Pflanzen und Entstehung der

1 Energieträger sehr unausgewogen, es kommt zu einem problematischen Überschuss  
2 an CO<sub>2</sub> und einem Sinken des Brennstoff-Angebots.

3

4 Außerdem werden nach wie vor bei vielen dieser Verbrennungen neben CO<sub>2</sub> auch  
5 Kohlenmonoxid, Schwefeloxide und Stickstoffoxide freigesetzt, welche etwa durch  
6 sauren Regen Pflanzen und Gewässer schädigen und durch Boden-Ozon auch eine  
7 direkte Gefährdung des Menschen bedeuten. Da diese Energieträger hauptsächlich  
8 importiert werden, zumeist aus politisch recht instabilen Regionen, sind Autonomie und  
9 damit selbst kurzfristige Versorgungssicherheit nicht gegeben.

10 2.) Auch die Kernenergie ist diesbezüglich sehr kritisch zu bewerten. Sie verbraucht  
11 einen endlichen Vorrat an Brennstoff und erzeugt einen strahlenden Müll, der praktisch  
12 nicht mehr abgebaut wird – gerade letzteres halten wir für sehr problematisch; wer  
13 kennt z.B. schon die politischen Verhältnisse in einigen hundert oder gar tausend  
14 Jahren. Die rein geologische Stabilität eines Salzstocks ist also weitaus zuwenig  
15 Garantie. Auch dass die Frage der Endlagerung politisch immer noch (!) nicht geklärt  
16 ist, weil jede Regierung den schwarzen Peter an die Nächste weiterschiebt, ist ein  
17 deutliches Zeichen dafür, dass die Politik hier in einer Sackgasse steckt.

18

19 In Hinblick auf Brennstoffversorgung, Energieerzeugung, und Müllentsorgung kann von  
20 Autonomie und Dezentralisierung also keine Rede sein. Die radioaktive Belastung der  
21 Umwelt während des Betriebs mag zwar recht gering erscheinen, umso verheerender  
22 können sich aber Störfälle auswirken. Dies sollte auch 20 Jahre nach Tschernobyl ,  
23 dem letztlich Grund für den „Nürnberger Ausstiegsbeschluss“ der SPD, noch der  
24 gewichtigste Nachteil sein. Technologien wie die Wiederaufbereitung bzw. der Einsatz  
25 von Brütern können zwar die Versorgungslage verbessern; die Nachteile hinsichtlich  
26 Sicherheitsbedenken bzgl. des dabei entstehenden Plutoniums und bzgl. der Reaktoren  
27 überwiegen aber aus unserer Sicht.

28

29 Deutlich besser sind andere Methoden der Energiegewinnung einzustufen:

30

31 3.) Bei Solarenergie, Wasser- und Gezeitenkraftwerken etwa sind keine gravierenden  
32 Beeinträchtigungen der Umwelt zu befürchten. Bei der Solarenergie ist zu beachten,  
33 dass reine Photovoltaik bei der Produktion momentan einen enormen Energieverbrauch  
34 bedeutet (Siliziumschmelze etc.). Zu bevorzugen sind hier Projekte der thermischen  
35 Solarkraftwerke, wie Aufwind- und Parabolrinnenkraftwerke.



1 Die beiden Letzteren erfordern gewisse Eingriffe in die Umwelt (Bau, Fischbestand,  
2 etc.), welche aber letztendlich als viel weniger schwerwiegend einzustufen sind als bei  
3 den beiden Vorherigen. Bei der Windkraft sollte sicher noch genauer geprüft werden,  
4 inwieweit eine Beeinträchtigung von Mensch (aber auch Tier) durch niederfrequenten  
5 Schall vorliegt, was von manchen Umweltorganisationen befürchtet wird.

6

7 4.) Der Einsatz von Biomasse hängt in der Bewertung stark von der genauen Form der  
8 Nutzung ab. Während etwa ein Raps(-Diesel)-Anbau genauso viel Kohlenstoff  
9 assimiliert, wie bei der Verbrennung dissimiliert wird (ausgewogener, geschlossener  
10 Kreislauf), ist eine Abholzung von Wäldern, beispielsweise zur Holzvergasung, nicht  
11 nachhaltig. Keinesfalls darf dabei vergessen werden, dass in einem globalen  
12 Wirtschaftssystem das o.g. Problem vor allem indirekt über die Preisbildung eintritt.  
13 Massiver Anstieg der Maispreise in Mexiko und die Abholzung des Regenwaldes in  
14 Südostasien für den Anbau von Ölpalmen sind aktuelle Beispiele einer zu pauschale  
15 Befürwortung der Biomasse, die erst durch eine differenziertere Fassung des EEG  
16 (Energieeinspeisegesetz) bekämpft werden kann.

17

18 Auch muss bei Verbrennungen darauf geachtet werden, keine anderen, etwa oben  
19 genannte Stoffe in nennenswertem Umfang freizusetzen – hier helfen vor allem  
20 spezielle Filter.

21

22 5.) Nicht zu vergessen ist die bekannteste und gleichzeitig unbemerkteste „Energie-  
23 Form“, in der das mit Abstand größte Zukunftspotential liegt – dem Sparen von Energie.  
24 Die öffentliche Debatte über  
25 Stand-By-Geräte geht hier zwar in die richtige Richtung (wobei in der häufig zitierte  
26 Statistik leider beispielsweise Anrufbeantworter und Warmwasserspeicher mitgerechnet  
27 wurden, was ihre Aussagekraft deutlich schmälert), hauptsächlich sollten die  
28 Bemühungen hier jedoch auf den „1. Energiefresser“ Heizen zielen: Stärkere Förderung  
29 und Forderung von Wärmedämmung (nicht nur) in Wohnhäusern und der Einsatz z.B.  
30 von dezentralen BHKW's (Blockheizkraftwerken), die durch KWK (Kraftwärmekopplung)  
31 die Abwärme bei der Stromerzeugung direkt zu Heizzwecken nutzen, könnten hier sehr  
32 substantielle Erfolge nach sich ziehen. Eine überfällige Debatte für sich ist hierzu auch  
33 die Reduktion des „2. Energiefressers“, der gleichzeitig an der Spitze des  
34 Schadstoffausstoßes steht: Der Individualverkehr.

35

1 Alle o.g. Nachteile sind durch Entwicklung und konsequenten Einsatz von Technologie  
2 und/oder Vorschriften möglichst zu minimieren, wobei auch klar sein muss, dass sie  
3 sich in der Realität wohl nicht gänzlich vermeiden lassen. Das Problem liegt nicht in der  
4 notwendigen Trägheit von solchen grundlegenden Neuerungen, sondern in den trotz  
5 EEG und dem leider noch zahnlosem Emissionshandel fehlenden finanziellen Anreizen  
6 und Druckmitteln von Seiten des Staates

7 Diese vorteilhafteren Energieformen können und werden deshalb nur unzureichend  
8 wissenschaftlich und wirtschaftlich verfolgt werden, auch weil der Staat nach wie vor  
9 viel Geld in die „alten“ Energien steckt, insbesondere in die Kernkraft, die insgesamt  
10 übrigens deutlich teurer ist, wie im Allgemeinen angenommen wird.

11

12 Auch deshalb benötigen wir nach wie vor den Atomausstieg !

13

14 Zusammenfassend kann man sagen, dass bei den letzteren Formen der  
15 Energiegewinnung bzw. dem Sparen mit Blick auf die oben genannten Kriterien also ein  
16 sinnvoller Umgang möglich – sie sind prinzipiell zu befürworten. Bei den Erstgenannten,  
17 also Uran, Kohle, Öl und Erdgas, ist dies dagegen völlig indiskutabel. Hier ist die Politik  
18 und die SPD speziell gefordert, denn wir dürfen nie vergessen: Für  
19 Klimaveränderungen und andere Schädigungen der Umwelt treffen bevorzugt und  
20 immer auch härter die Armen unseres Planeten, während die lange Geschichte des  
21 Raubbaus an der Natur vor Allem eine Geschichte der wirtschaftlich erfolgreichen  
22 Nationen und Personen war.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1 Antragssteller: Jusos Pfaffenhofen

2 Adressat: Juso-Landeskonferenz

3

4 **9. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Rente mit 67!**

5

6 **Antrag abgelehnt**

7

8 **Warum?** Die Rente mit 67 ist notwendig, um die Finanzierung der Rentenkassen und  
9 damit die zukünftige Versorgung von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern  
10 langfristig zu sichern. Die Menschen werden dank besserer Lebensbedingungen und  
11 Versorgung immer älter. Damit steigt die Bezugszeit der Rente. Gleichzeitig jedoch ist  
12 im Jahr 2020 ein 67-jähriger rüstiger und fitter als ein 65-jähriger heute. Für die große  
13 Mehrheit der Arbeitnehmer stellt eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters  
14 folglich keine Überforderung dar, sondern erscheint anhand dieser Fakten sogar  
15 angebracht, um den Lebensstandard nachhaltig zu verbessern.

16

17 **Ja, aber!** Die Rente mit 67 ist eine unpopuläre, aber mutige Reform und ein Erfolg der  
18 SPD. Jetzt einen Rückzieher zu machen, würde bedeuten, die eigene Glaubwürdigkeit  
19 zu riskieren. Im Sinne von Andrea Nahles fordern wir jedoch auch, nach Lösungen für  
20 die damit einhergehenden Probleme zu suchen. Nur das Eintrittsalter heraufzusetzen  
21 ist zu wenig.

22

23 C)Die Rente mit 67 darf nicht bedeuten, dass junge Menschen keinen Job mehr finden.  
24 Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen bis zum Jahr 2020 Rahmenbedingungen  
25 schaffen, die einen nachhaltigen Weg aus der Wirtschaftskrise aufzeigen.

26

27 •Manche Arbeitnehmer können nicht bis 67 arbeiten. Berufe mit schwerer körperlicher  
28 Arbeit müssen von der Reform ausgenommen sein. Darunter fallen nicht nur Arbeiter  
29 am Bau oder im Bergwerk, sondern auch Arbeitnehmer, die in stressigen Berufen tätig  
30 sind und tagtäglich hohe Verantwortung schultern müssen.

31

32 •Wir müssen die Frühverrentung stoppen. Der Jugendwahn in den Unternehmen  
33 belastet die Sozialkassen und ist angesichts des demographischen Wandels  
34 kontraproduktiv. Vergünstigungen für Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer einstellen  
35 und Strafen für Unternehmen, die Frühverrentung pushen, wären eine Lösung.

36

35

1 Es ist jetzt an der Zeit, sich dazu zu bekennen, dass die Rente mit 67 ein Schritt in die  
2 richtige Richtung ist und wir darum bemüht sind, die Probleme von Morgen schon heute  
3 zu lösen!

4

5

6

7